

Aleko Karaberis

Rede für Anti-Krieg-Demo in Darmstadt am Samstag, den 01. 02. 03

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen, liebe Freunde

erinnern wir uns: Vor etwa dreizehn Jahren lösten sich die sozialistischen Staaten selbst auf und sie verwandelten sich in kapitalistische Staaten. Damals war viel von einer Friedensdividende die Rede. Gemeint war damit, dass der Kalte Krieg nunmehr zu Ende sei und dass daher weltweit militärisch abgerüstet werden könnte – und dass das eingesparte Geld für Steuersenkungen verwendet oder für soziale und andere Belange ausgegeben werden könnte.

Ungefähr ein Jahr später, vor etwa zwölf Jahren, standen wir hier in Darmstadt und demonstrierten gegen den ersten Krieg der US-Regierung und ihrer Verbündeten gegen den Irak.

In der Zwischenzeit haben wir gemeinsam gelernt: Es gibt im Kapitalismus wohl eine Dividende auf Aktien der Rüstungskonzerne und auf Aktien der Erdölkonzerne – aber es gibt keine Friedensdividende im Kapitalismus.

Damals, vor etwa zwölf Jahren, marschierten US-Truppen in den Irak ein. Weit vor Bagdad machten sie halt und zogen sich dann zurück. Die USA wollten Irak damals nicht erobern. Sie hielten Saddam Hussein an der Macht – sie waren an einem Zerfall des Irak nicht interessiert; und Saddam Hussein war für sie der Garant für die territoriale und staatliche Einheit des Irak.

Aber gleichzeitig bauten sie Saddam Hussein zum Hauptfeind auf und benutzten ihn als Buhmann, um sich nun mit eigenen Truppen und Stützpunkten in der Erdölregion festzusetzen: Insbesondere in Kuwait und in Saudi-Arabien. Als Begründung für ihre zunehmende militärische Präsenz führten die USA stets die vom Irak und Saddam Hussein ausgehende Kriegsgefahr an. So war Saddam Hussein für die US-Regierungen gleich dreifach nützlich: Als Garant eines geeinten aber durch Embargopolitik geschwächten Irak, als Drohkulisse für die übrige Welt sowie als Vorwand für den eigenen militärischen Aufmarsch.

Die von den USA durchgesetzte Fortführung der Embargo-Politik gegen den Irak seit Ende des ersten Irak-Krieges 1991 war in Wirklichkeit eine Fortsetzung der Kriegshandlungen auf niedrigerem Niveau – eine Politik des Aushungerns insbesondere der irakischen Zivilbevölkerung. Ziel war die innere Schwächung der irakischen Regierung unter Saddam Hussein. Es bildete sich aber keine Alternative zu Saddam Hussein und seiner Regierung im Irak heraus – nicht zuletzt deshalb, weil die US-amerikanische Politik für den Irak selbst gar keine demokratische Alternative vorsieht oder zuzulassen bereit ist. Die USA wollen die vollständige Unterwerfung des Irak unter ihre Politik – nicht mehr und nicht weniger. Den Preis dafür bezahlt in erster Linie die irakische Bevölkerung – und dort vor allem die Schwächsten: Die Kinder. Am 12. Mai 1996 trat die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright im US-Fernsehsender CBS auf. Der Interviewer Leslie Stahl fragte: "Wie wir gehört haben, sind (im Irak) eine halbe Million Kinder gestorben. Ich denke, das sind mehr als in Hiroshima. Sagen Sie, ist das den Preis wert?" Frau Albright antwortete: "Ich denke, es ist eine sehr harte Entscheidung, aber den Preis ist es nach unserer Ansicht wert." (Independent, 25. 9. 2002) Soweit zur Politik der US-Regierung, die sich im übrigen als Hüterin der Weltmoral aufspielt.

Es hat also seine guten Gründe, wenn heute in der ganzen Welt die Menschen gegen die Kriegsabsichten der US-amerikanischen Regierung die Stimme erheben. Was für uns neu ist, das ist, dass dieses Mal auch die deutsche Regierung gegen einen erneuten Irak-Krieg auftritt. Das bewirkt auch die Frage nach unserem eigenen Selbstverständnis. Ist die Friedensbewegung in Deutschland, sind wir nun die außerparlamentarische Fußtruppe der Bundesregierung? Sind wir nun die rot-grünen Wahlkampfhelfer für Hessen und Niedersachsen?

Wenn es so wäre, wenn wir hier und anderswo nur die lärmende Kulisse für die diplomatischen und wahltaktischen Spielchen der Herren Gerhard Schröder und Joseph Fischer wären, dann wären wir, dann wäre die Friedensbewegung in Deutschland zu kurz gesprungen!

Um es hier ganz klar zu sagen: Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien ebenso wie die CDU/CSU und die FDP stehen zur Zeit im Widerspruch zu den Methoden der US-amerikanischen Regierung – aber sie stehen voll hinter den Zielen der US-Regierung. Die Auseinandersetzung, die wir zur Zeit in den Medien erleben, geht um taktische Fragen, nicht um die grundsätzliche Politik.

Welches aber sind die Ziele der US-Regierung? Diese Ziele sind allgemein bekannt: Es ist erstens das politische Ziel der Sicherung der weltweiten Vormachtstellung als kapitalistische Supermacht; daraus ergibt sich als weiteres, zwangsläufiges Ziel die Sicherung der Kontrolle über und des Zugriffs auf die weltweit verfügbaren Energie- und Rohstoffreserven. Diese beiden Ziele sind innigst miteinander verwoben und können gar nicht voneinander getrennt gesehen werden. Kein Land der Welt könnte auf Dauer eine Vormachtstellung gegenüber den andern erhalten, wenn es nicht die wesentlichen Energie- und Rohstoffvorräte unter seiner Kontrolle hat.

Das wird auch von der deutschen Bundesregierung nicht anders gesehen. Und auch die anderen europäischen Regierungen haben da keinen anderen Standpunkt. Gleichwohl sehen wir, dass es Differenzen gibt. Meinungsunterschiede gibt es einmal im Hinblick darauf, mit welchen Methoden Energie- und Rohstoffreserven gesichert werden sollen. Und Differenzen gibt es vor allem auch darüber, wer die Kontrolle über die Energie- und Rohstoffreserven ausübt – es sind durchaus nicht alle kapitalistischen Regierungen der Meinung, dass dies ausschließlich der US-Regierung vorbehalten sein sollte.

Wenn sich hier also, um ein Bild zu gebrauchen, im Falle des Iraks und darüber hinaus im Falle der anderen Länder mit reichen Erdölvorkommen die Wölfe um die Beute zanken, dann stellen wir uns nicht auf die Seite des einen Wolfs gegen den andern.

Sicher: Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung heute keinen Krieg gegen den Irak will. Wir begrüßen es gerade auch, weil die Kohl-Regierung vor zwölf Jahren den ersten Krieg gegen Irak mit fast fünf Milliarden DM mit finanzierte. Aber wir sehen doch auch sehr deutlich die Ausbeutung der Ölförderländer durch die führenden kapitalistischen Länder. Zu diesen gehört auch Deutschland. Und eine wichtige Voraussetzung für die Ausbeutung der Ölländer ist, dass dort halbfeudale, diktatorische Regimes mit US-amerikanischen, französischen, deutschen und englischen Waffen seit Jahrzehnten künstlich an der Macht gehalten werden. Wir sehen, dass diese Regimes ihre eigenen Bevölkerungen unterdrücken, sie in Armut und Unwissenheit halten – und auf diese Weise sozialen Sprengstoff anhäufen.

Die Bundesregierung billigt die grundsätzlichen Ziele der US-Regierung – aber sie will keine offene Gewalt. Aber die “stille Gewalt”, die seit Jahrzehnten ausgeübt wird, und die auch im arabischen Raum zu Rückständigkeit, Armut und sozialer Perspektivlosigkeit führt, hat auch sie stets gebilligt und unterstützt. Welche andere Perspektive hat denn sie den Bevölkerungen der arabischen Staaten zu bieten, als die USA? Ausbeuten – und Frieden erhalten: Auf Dauer geht das nicht zusammen. Insoweit glauben wir, dass die derzeitige Propaganda der Bundesregierung scheinheilig und verlogen ist – und dass im Nein zu diesem Krieg das Ja zum nächsten Krieg bereits enthalten ist.

Beim Krieg gegen Jugoslawien hatte die Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joseph Fischer unter Beweis gestellt, dass auch sie für ihre Interessen Krieg zu führen bereit ist – und dass auch ihr dann keine Propaganda-Lüge zu plump ist. Es sei hier nur an die Lüge des Kriegsministers Scharping über die sogenannte “Operation Hufeisen” erinnert – eine Erfindung der westlichen Geheimdienste, wonach angeblich die jugoslawische Regierung die albanischen Kosovaren ausrotten wollte.

Ich fasse zusammen:

1. Wir lehnen grundsätzlich imperialistische Kriege für die Kontrolle über Energie und Rohstoffe ab – auch wenn sie unter dem Vorwand vorbereitet werden, Demokratie und Frieden zu sichern. Dies unterscheidet uns von der Bush-Regierung ebenso wie von der Bundesregierung.
2. Wir fordern, dass die US-Regierung ihre Kriegsvorbereitungen unverzüglich einstellt.
3. Wir akzeptieren auch etwaige Waffenfunde nicht als Kriegsgrund.
4. Wir fordern, dass die Bundesregierung die US-Kriegsvorbereitungen nicht unterstützt – und dass sie diese auch nicht indirekt unterstützt, indem sie deren Kampfeinheiten hierzulande entlastet, etwa durch Übernahme von Wachdiensten vor Kasernen und anderen Einrichtungen.
5. Wir wollen keine weiteren Kriegsvorbereitungen – etwa gegen die sogenannte “Achse des Bösen” des US-Präsidenten, also gegen Iran und Nordkorea.
6. Wir wollen keine “Modernisierung” der Bundeswehr in dem Sinne, dass sie instand gesetzt wird, zusammen mit anderen Nato-Partnern über andere Länder herzufallen.